

## Illegalen Sumpf endlich austrocknen



lic. iur.  
Christoph  
Spiess,  
e. Gemeinderat,  
Co-Zentral-  
präsident,  
Zürich

Seltene Dinge geschehen in Helvetien. Ein ehrgeiziger junger Genfer Regierungsrat wird in den Medien als Verfechter einer «harten» Ausländerpolitik bezeichnet. Dabei erteilte genau dieser Mann erst kürzlich Tausenden von sogenannten «Sans-Papiers» Aufenthaltsbewilligungen, ganz nach dem Motto, dass belohnt wird, wer hemmungslos und lange genug das Gesetz missachtet! In Zürich besteht ganz offiziell eine «Anlaufstelle für Sans-Papiers». Die Erleichterung des rechtswidrigen Aufenthalts ist nach Art. 116 Ausländergesetz eigentlich eine Straftat, die mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu ahnden ist. **Wer für eine Gruppe handelt, welche die fortgesetzte Begehung dieser Straftat bezweckt, müsste gar mit bis zu fünf Jahren Gefängnis rechnen. Doch kein Staatsanwalt geht gegen die erwähnte «Anlaufstelle» vor. Im Gegenteil, diese wird von der Stadt Zürich**

POSTCODE

AZB 3001 Bern

noch aktiv gefördert. In Zürich gibt es auch eine «autonome Schule», welche erklärermassen und ebenfalls mit Unterstützung der Stadtbehörden illegal anwesende Ausländer unterrichtet und fördert – und weder die links kommandierte Stadtpolizei noch die bürgerlich kontrollierte Kantonspolizei schreiten ein.

### Was sind eigentlich «Sans-Papiers»?

Der Begriff ist ein typisches Beispiel für die in den linksliberalen «Mainstream»-Medien übliche Sprachmanipulation. Das Problem an den «Sans-Papiers» ist nämlich gar nicht, dass sie keine Papiere haben, sondern dass sie **dreiste Gesetzesbrecher sind, die sich in unser Land eingeschlichen haben, parasitär unter uns leben und ihre Rückführung in die Herkunftsländer nach Kräften sabotieren.** Da gibt es abgewiesene Asylbewerber, die untertauchen, aber auch Touristen, die einfach nicht mehr ausreisen. Endlich ausgeschaffte Illegale kehren heimlich zurück, und international tätige Berufskriminelle nisten sich bei uns ein. Gewissenlose Schweizer nützen illegale Aufenthalter als billige Arbeitskräfte aus und schaffen auf diese Weise eine Schattenwirtschaft, die namentlich unseren Sozialwerken, aber auch den Steuerämtern Mittel vorenthält – zum Schaden der ehrlichen Mitbürger.

Von einer krankhaften Humanitätsduselei beseelte Pfarrer geben den Schwarzaufhaltern «Kirchenasyl», und geistesverwandte Politiker hindern die Polizei daran, solche Kirchen zu räumen.



Linke Aktivisten solidarisieren sich in anarchistischer Weise mit Rechtsbrechern!

### ...Neues Angebot: Elektronisches Zeitungsabonnement

Die Parteileitung beabsichtigt, eine neue Variante für das Jahresabonnement des «Schweizer Demokrat» einzuführen. Hierbei handelt es sich um ein sogenanntes elektronisches Abonnement. Sie könnten die neuste Zeitungsausgabe jeweils mithilfe eines persönlichen Passwortes direkt auf der Homepage [www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch) abrufen und anschauen. Stattdessen würden Sie jedoch auf ein gedrucktes Papierexemplar verzichten.

Auch ältere Ausgaben wären jederzeit verfügbar. Der Jahrespreis belief sich auf Fr. 30.– statt Fr. 45.–. Melden Sie sich doch bei vorhandenem Interesse unter der Telefonnummer 031 974 20 10 oder per E-Mail an [schweizer-demokraten@bluewin.ch](mailto:schweizer-demokraten@bluewin.ch) (Zentralsekretariat).

Das Angebot gilt ab 2018 und wird nur bei genügend Anmeldungen realisiert.

Ihre SD-Parteileitung

Und manches dümmliche «Vreneli» glaubt, es sei eine Heldentat, mittels Heirat einen der illegalen Migranten vor der längst fälligen Heimführung zu schützen.

Noch in den Siebzigerjahren wäre es schlicht unmöglich gewesen, sich über eine längere Zeit illegal

Fortsetzung Seite 2

**Der Islamist Abu Ramadan predigt Hass, spricht keine Landessprachen und bezog jahrelang Sozialhilfe. Er gehört des Landes verwiesen!**

## Illegalen Sumpf endlich austrocknen

Fortsetzung von Seite 1

in der Schweiz aufzuhalten. Die Einwohnerkontrolle funktionierte präzise. **Die Menschen wussten, wer in ihrer Nachbarschaft wohnte, und hätten verdächtige Personen sofort der Polizei gemeldet.** Heutzutage ist das anders. Die Leute wissen kaum noch, wer mit ihnen unter dem gleichen Dach lebt, und es interessiert sie auch gar nicht. Illegale Einschleicher aller Schattierungen fallen ohnehin nicht mehr auf, **weil manche Gegenden längst von einem babylonischen Völker- und Rassengemisch besiedelt sind. Und die Hausbesitzer wohnen entweder an der «Goldküste» oder sind irgendwelche anonyme Immobilienfirmen.**

**Die Hausbesitzer interessiert nur, dass die (übersetzte) Miete bezahlt wird, aber überhaupt nicht, wer sich so alles in ihren Häusern herumtreibt. Unter solchen Bedingungen ist nicht mehr an korrekt geführte Einwohnerregister zu denken.**

Die Behörden wollen dies auch gar nicht wirklich und bringen ihre Haltung zum Ausdruck, indem sie aus der bewährten «Einwohner-



Der Genfer Sicherheitsdirektor Pierre Maudet (FDP) legalisierte in seinem Kanton mithilfe eines Pilotprojekts zahlreiche «Sans-Papiers».

und Fremdenkontrolle» auch dem Namen nach ein zahnloses «Personenmeldeamt» machen. Da meldet sich dann, wer das will – und wer nicht will, meldet sich eben nicht...

### Dabei wäre es einfach, Ordnung zu schaffen

Auch illegal im Land lebende Personen nehmen öffentliche Einrichtungen in Anspruch und kommen mit Behörden in Kontakt. **Das**

**können sie heute risikolos tun, weil sich unser Staat mit einem falsch verstandenen «Datenschutz» selber schachmatt setzt.** Er verbietet den Schulen beispielsweise, bei der Aufnahme von Schülern routinemässig deren Melde- und Aufenthaltsstatus abzuklären und illegale Anwesende dem Migrationsamt oder der Polizei zu melden. In Spitälern läuft es nicht anders. **Krankenkassen versichern Personen, ohne sich darum zu kümmern, ob diese überhaupt in der Schweiz sein dürften.** Natürlich darf man im Spital keine Notfallbehandlung verweigern und sollen auch illegal anwesende Kinder einstweilen eingeschult werden.

**Es ist aber dringend nötig, eine allgemeine Pflicht von Schulen, Krankenkassen, Sozialversicherungen usw. zur Meldung von Personen mit unklarem Aufenthaltsstatus einzuführen.**

Selbstverständlich müssen auch die Datenbestände von Elektrizitätswerken, Strassenverkehrsämtern usw. regelmässig mit den Einwohnerregistern abgeglichen und dabei zutage tretende Unregelmässigkeiten sofort polizeilich abgeklärt werden. **Es ist bekannt, in welchen Gegenden sich solche**

**Personen bevorzugt einnisten. Dort müssten endlich routinemässig Razzien durchgeführt werden. So hätten diese Einwanderer keine Chance mehr, längere Zeit unentdeckt zu bleiben. Und dann müsste man eben den Mut haben, sie auch konsequent aus dem Land zu schaffen.** Wenn es möglich ist, sich über die «grüne Grenze» einzuschleichen, kann man die entsprechenden Täter doch auch neben einem Grenzstein in einem stillen Jurawald auf demselben Weg und mit dem nötigen Nachdruck wieder verabschieden, oder etwa nicht? Die Spanier jedenfalls sind da in Ceuta und Melilla weniger zimperlich.

### Das eigentliche Problem liegt tiefer

Es ist die Schwäche einer Gesellschaft, die vor lauter Wohlstand nicht mehr an ihr eigenes Überleben denkt, sondern dem Liberalismus, dem Hyper-Individualismus und der Humanitätsduselei erlegen ist. Die natürlich gewachsene Stammesgemeinschaft (Nation) zählt für sie nichts mehr.

**Darum sei es zum Schluss einmal mehr gesagt: Eine Wende weg von diesem widernatürlichen Denken zurück zur Verbundenheit und Solidarität der helvetischen Volksgemeinschaft tut dringend not!**

## Verwirrung um Zitate des Imams Abu Ramadan

Als in der letzten Augustwoche der Fall des Bieler Hasspredigers Abu Ramadan bekannt wurde, löste dies ein Sturm der Empörung unter der Schweizer Bevölkerung aus. In der «Rundschau» vom 23. August 2017 wurde berichtet, dass Abu Ramadan mit seinen Predigten die Gläubigen in der Bieler Ar'Rahman-Moschee aufhetze. Nach monatelangen Recherchen kommen die SRF-Rundschau und der «Tages-Anzeiger» zu diesem Ergebnis. Heimliche Tonaufnahmen während der Freitagsgebete sollten die Beweise dazu liefern. Da alle Predigten auf Arabisch waren, wurden die verdächtigen Zitate von vier unparteiischen Dolmetschern folgendermassen übersetzt: **«Oh Allah, ich bitte dich, die Feinde unserer Religion zu zerstören! Vernichte die Juden, die Christen, die Hindus, die Russen und die Schiiten! Gott, ich bitte dich, sie alle zu zerstören und dem Islam seine Pracht zurückzugeben!»**

Die «Rundschau» verfügt über originale Tondokumente der Bittgebete von Abu Ramadan. Ein weite-

**res Beispiel seiner Aussagen ist wie folgt: «Wer sich mit einem Ungläubigen anfreundet, ist verflucht bis zum Tag des Jüngsten Gerichtes!»** Zudem mahnt der Imam seine Gläubigen zur Abkehr von der westlichen Gesellschaft. **Er wirbt für einen politischen Islam, Religion und Staat liessen sich nicht trennen.** Er sei Anhänger von einem islamischen Staat, bevorzuge jedoch ein Kalifat und lehne die Terrororganisation «Islamischer Staat» (IS) ab.

### Babylonisches Sprachgewirr

Im Interview mit dem «Tages-Anzeiger» bestreitet der 64-jährige Abu Ramadan die zitierten Stellen mit der Begründung, der Übersetzer sei ein Lügner. **Die Übersetzung aus dem Arabischen sei falsch!** Auch der Islamische Zentralrat der Schweiz (IZRS) bestätigte, dass die Übersetzung der Zitate nicht korrekt sei. **Der Aufruf an Allah bedeute wie folgt: «Gott solle die Feinde der Religion übernehmen!»** Abu Ramadan behauptet, er bitte auf diese Weise Allah lediglich um Gerechtigkeit. Ande-

re Übersetzer betrachten das arabische Wort für «übernehmen» als zweideutig, es bedeute auch «sich kümmern um», das könnte im Kontext zugleich heissen, «vernichten» oder «töten». **Dieser Ausdruck werde ebenfalls gebraucht, wenn man einen Hund auf ein Wild hetze, im Sinne von «Fass!».**

**Solange die Imame nur Arabisch sprechen, ist es schwierig, sie der Hetze anzuklagen. So ist unklar, was Abu Ramadan wirklich sagen wollte. Das Fazit dieser Sprachverwirrung zeigt, dass Imame allgemein besser überwacht werden sollten.**

### Biografie von Abu Ramadan

Der «Tages-Anzeiger», der «Bund» und die SRF-Rundschau recherchierten und berichteten über die Biografie von Abu Ramadan. Der studierte Agronom kam 1998 als Flüchtling in die Schweiz, **sein Asylgesuch wurde 2001 bewilligt, weil er angeblich als Islamist in**

**Libyen unter Gaddafis Regime verfolgt war.** Er wohnte damals bereits in Nidau, wo er während der ersten beiden Jahre meistens arbeitete, aber nur bis zum Erhalt der Niederlassungsbewilligung C im Jahr 2003. **Eigentlich dürfte nur gut integrierten Ausländern eine C-Bewilligung gewährt werden. Seit 2004 lebte er von der Sozialhilfe.**

**Da er weder Französisch noch Deutsch spricht und den Sprachunterricht abbrach, war er auf dem Arbeitsmarkt nicht vermittelbar. Von 2004 bis 2016 bezog er und seine Frau Sozialhilfegelder in der Höhe von 600'000 Franken, was monatlich 3850 Franken ausmachte.**

**Seit 2017 erhält er eine AHV-Rente mit Ergänzungsleistungen.** Er bezeichnet sich selbst als gut integriert! Seine Begründung lautet wie folgt: **«Alle Menschen grüssen mich auf der Strasse»** (was kein

Fortsetzung Seite 3

Beweis für eine gelungene Integration ist, da er mit seinem hennarotem Bart eine auffällige Erscheinung darstellt). **Seine Wohngemeinde Nidau hatte keine Ahnung, dass er als Imam in Biel und Neuenburg gelegentlich tätig war.** Ausserdem tritt er im libyschen Tanasuh-TV, einem islamistischen Propagandasender, als Fernsehprediger auf. **Als religiöser Reiseleiter begleitete er zahlreiche Pilgerreisende nach Mekka und logierte in Luxushotels.**



Islamische Extremisten wie Abu Ramadan gefährden die innere Sicherheit der Schweiz.

**Auf Nachfrage der «Rundschau» behauptete er, immer nur ehrenamtlich gearbeitet zu haben, lediglich die Reisespesen seien ihm vergütet worden. Ob er dafür Schwarzgeld kassiert hat, ist schwierig zu beweisen.**

**Sobald der Asylentzug rechtskräftig ist, will der Kanton Bern nach dem Vorgefallenen prüfen, ob er die Niederlassungsbewilligung widerrufen und Abu Ramadan sogar ausschaffen könnte.**

**Prüfung der Ausweisung**

Zwölfmal reiste er, der angeblich an Leib und Leben bedrohte Flüchtling, in sein Heimatland Libyen. Bei der Ein- und Ausreise wies er einen libyschen Pass vor, bei der Rückkehr in die Schweiz jeweils seinen schweizerischen Reiseausweis. Die Flüge hätte sein Bruder, ein Geschäftsmann, bezahlt. **Er habe nicht gewusst, dass es verboten sei, seine Heimat zu besuchen.** Gemäss geltendem Gesetz müsste solchen Heimkehrern der Asylstatus entzogen werden, was in seinem Falle am 3. August 2017 dann auch geschah. **Dieser Entscheid des Staatssekretariats für Migration (SEM) ist jedoch noch nicht rechtskräftig und hat nur die Wirkung, dass er seinen Schweizer Reiseausweis abgeben und fortan mit dem libyschen Pass vorlieb nehmen muss.** Inzwischen ist von Abu Ramadan beim Bundesverwaltungsgericht St. Gallen eine Beschwerde dagegen eingegangen.

Bereits vor fünf Jahren, am 20. April 2012, stellte die Nidauer Sozialkommission dem Migrationsamt des Kantons Bern den Antrag zur Überprüfung der Aufenthaltsbewilligung von Abu Ramadan. **Ob man diesem nicht aufgrund erheblichen Sozialhilfebezugs die Niederlassungsbewilligung entziehen könne? Doch dies wurde damals vom Kanton noch strikt abgelehnt.**

**Fälle von Dschihadismus bekannt**

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) wusste bereits seit 2005 von den Aktivitäten von Abu Ramadan, schritt aber nie dagegen ein. **Seit 2016 sind wegen Verdachts auf Radikalisierung und Aufruf zur Gewalt Ermittlungen gegen ihn hängig.** Die beiden jungen Frauen, eine Schweizerin mit tunesischen Wurzeln und eine konvertierte Schweizerin, die 2014 nach Syrien

ausreisten und sich dem IS anschlossen, verkehrten zuvor in der Bieler Moschee und hatten Kontakt zu Abu Ramadan. **Es sind noch drei weitere Fälle von jungen radikalen Muslimen aus Biel bekannt, die sich dem IS anschlossen.** In einer Internetumfrage vom «Blick» stimmten 91,3% der Leser für eine sofortige Ausschaffung von Abu Ramadan. In Kriens bei Luzern ereignete sich ein ähnlicher Fall wie in Biel: In der Moschee Dar Assalam predigte ein nordafrikanischer Imam, **der auch als Asylbewerber in die Schweiz kam und jahrelang von der Sozialhilfe lebte.**

**Laut Polizeiquellen bezeichnete er die Schweizer «als Schweine, die es zu schlachten gelte». Der Imam wurde wegen Verdachts, für seine Hasspredigten ungerechtfertigten Lohn erhalten zu haben, seines Amtes enthoben. Doch er arbeitet weiterhin für die Islamisten.**

Immer mehr Imame werden verdächtig, muslimische Gläubige gegen Staat und Volk aufzuhetzen. Eigentlich sollte der Islamische Zentralrat der Schweiz (IZRS) die-

se überwachen und Hassprediger melden, doch dies geschieht kaum. In der Schweiz gibt es 300 Moscheen und 4 Minarette. 85% der 440'000 Muslimen sind unpolitisch und nur ungefähr 15% vertreten den politisch organisierten Islam.

**Auch die Islamkritikerin und Präsidentin des Forums für einen fortschrittlichen Islam, Saida Keller-Messahli, sagt: «Die Mehrheit der Schweizer Imame sind islamistisch.»**

Sie findet, dass in der Schweiz zu wenig gegen Hassprediger unternommen wird. Diese würden den geistigen Boden für Hass und Gewalt vorbereiten. **Die Moscheen und Gastprediger müssten genauer überwacht werden, fordert sie.** In ihrem soeben erschienenen Buch «Islamistische Drehscheibe Schweiz» aus dem NZZ-Verlag, schreibt sie, dass unsere Gesellschaft von Islamisten unterwandert wird und nennt radikale Islamisten und Organisationen beim Namen. Sogar in den Gefängnissen würden radikale Imame missionieren.

**Keller-Messahli wirft unseren Behörden Naivität vor und fordert eine Politik der Nulltoleranz. Dies ist eine sehr interessante Stellungnahme von einer mutigen Islam-Kennerin.**

Ab dem 1. September 2017 trat das neue Nachrichtendienstgesetz in Kraft. Damit erhält die Sicherheitspolizei des Bundes mehr Befugnisse, auch private Räume zu überwachen. **Auf diese Weise könnten nun auch Moscheen besser kontrolliert werden. Hoffen wir, dass dies auch getan wird, zu unserer eigenen Sicherheit!**

*Margrit Neukomm, Zentralvizepräsidentin, Bern*

**Verbot von Koran-Verteilaktionen «Lies!»**

**Bundesrat wirkt unentschlossen**

Der Bundesrat empfiehlt einen parlamentarischen Vorstoss, der ein Verbot der islamistischen Organisation «Lies!» und deren Koran-Verteilaktionen fordert, zur Ablehnung. **Für die Schweizer Demokraten (SD) stellt dieser Entscheid eine gewisse Unentschlossenheit dar, zumal sogar betont wurde, dass**

**man die gesetzlichen Grundlagen entsprechend anpassen will.** Die Verweigerung von Bewilligungen für Standaktionen durch die kantonalen und kommunalen Behörden wird vom Bundesrat ebenfalls begrüsst. Dies lässt seinen Gesamtbeschluss jedoch nochmals um ein Mehrfaches unverständlich erscheinen.

**Nur ein Bundesverbot unterstützt die Verwaltungsbehörden in ihrer Praxis der Gesuchsablehnung und bewirkt letztlich eine Verhinderung dieser Koran-Verteilaktionen.**

Andererseits fühlt sich diese Organisation dazu ermutigt, einen behördlichen Negativentscheid

rechtlich anzufechten. Hinter «Lies!» stehen bekannte radikale Islamisten in leitenden Positionen. **Diese streben separierte islamische Parallelinfrastrukturen an und machen sich auch für die Unterstützung des Dschihadismus mitverantwortlich.**

*Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern*

**Im Jahr 2016 nahm die Bevölkerung um 92'000 Personen zu. Das Wachstum bleibt somit auf hohem Niveau stabil.**

## Abstimmungsparolen zum Urnengang vom 24. September

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 24. September 2017 beschlossen:

### Ja zum Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»)

Mit diesem Bundesbeschluss will man die Ernährungssicherheit der Schweizer Bevölkerung langfristig stärken. Um einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad erzielen zu können, **muss der Schutz des Kulturlandes zwingend in der Verfassung verankert werden. Dieser Passus bildet die Grundlage zur Förderung von regionalen und lokalen Produktionsketten.**

Es sind Massnahmen zugunsten einer nachhaltigen Landwirtschaft geplant, wobei der schonungsvolle Umgang mit natürlichen Ressourcen im Vordergrund stehen soll.

Die Transparenz gegenüber dem Konsumenten, etwa mit einer besseren Deklaration der Produkte, spielt dabei eine wesentliche Rolle. Eine Reduktion der Lebensmittelabfälle ist ebenfalls ein bedeutender Faktor. Die Schweizer De-



Diese Vorlage hilft mit, den Erhalt des Kulturlandes zu sichern.

mokraten (SD) hätten die zurückgezogene Volksinitiative dem Gegenentwurf vorgezogen. Den Artikel über die grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen kann man aber dennoch nicht als Forderung für mehr Freihandel bezeichnen. Bei einer Ablehnung würden die Nachteile überwiegen, sodass die SD zur Vorlage die Ja-Parole gefasst haben.

### Nein zum Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bedingt es jeweils einer Verfassungsänderung, sodass automatisch das Stimmvolk darüber befinden muss. Zur Sicherung der Al-

tersvorsorge will man unter anderem die Mehrwertsteuer um 0,6 Prozentpunkte erhöhen (real nur 0,3%).

Diese Massnahme schwächt jedoch vor allem die Kaufkraft von Arbeitnehmern mit geringem Einkommen.

Unabhängig der individuellen finanziellen Kapazitäten ergeben sich für die gesamte Bevölkerung höhere Preise für Produkte und Dienstleistungen. Die Verfassungsänderung zur Mehrwertsteuer ist mit der Reform der Altersvorsorge verknüpft. Eine Annahme der Gesamtrevision würde deshalb ein doppeltes Ja erfordern. Die SD sprechen sich gegen diese Zusatzfinanzierung aus und haben die Nein-Parole gefasst.

### Nein zum Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020

Mit dieser Reform will man die Finanzierung der Altersvorsorge sicherstellen. Dabei handelt es sich um ein Massnahmenpaket für die ersten beiden Säulen. Die Erhöhung des Frauenrentenalters auf

65 Jahre ist insbesondere für die erste Säule eine gewichtige Entlastung und daher notwendig. Bei der AHV steuern Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusätzlich je 0,15% der Bruttolöhne bei, was aufgrund der Progression die unterschiedlichen Einkommen gleichermassen beansprucht.

Andererseits müssen vor allem finanziell schwächere Arbeitnehmer durch die massive Senkung des Umwandlungssatzes der Pensionskasse um 0,8% mit Einbussen auf ihren Renten rechnen.

Das Obligatorium der zweiten Säule betrifft nämlich nur die tieferen und mittleren Einkommenswerte. Zudem schmälert der Koordinationsabzug das Altersguthaben dieser Personen am stärksten. Der AHV-Beitrag von 70 Franken für Neurentner stellt kaum eine Verbesserung dar. Ehemalige Erwerbstätige mit ergiebigen Pensionskassenerträgen benötigen diesen Zustupf nicht. Dagegen werden die aktuellen Tieflohnrentner über die Mehrwertsteuererhöhung belastet. Die Prioritäten bei der Sanierung der Altersvorsorge sind auf die erste Säule zu richten.

Die Schweizer Demokraten (SD) möchten externe Finanzierungsquellen besser ausnutzen (beispielsweise zusätzliche Tabakabgaben).

Ausserdem kann der demografischen Situation nur mit höheren Unterstützungsleistungen für Familien entgegengetreten werden. Die SD haben zur Reform der Altersvorsorge 2020 die Nein-Parole gefasst.

SD-Zentralvorstand

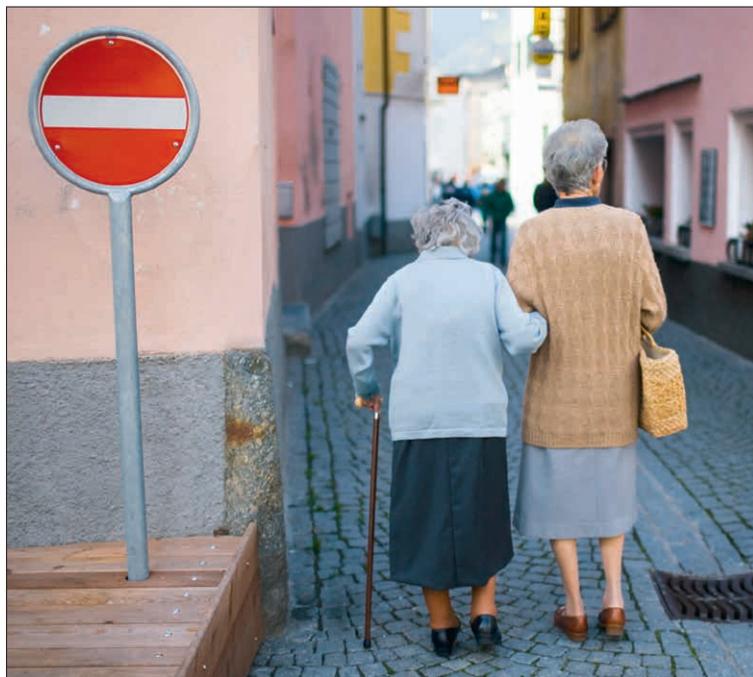
## Kanton Neuenburg führt Minimallohn ein

Wenn für ein Produkt, dessen Herstellung eine gewisse Zahl von Arbeitsstunden erfordert, im Markt mehr bezahlt werden muss, weil Löhne angehoben werden (beispielsweise wegen Kostensteigerung durch Minimallohne), ergibt sich eine höhere monetäre Arbeitsproduktivität. Selbstverständlich suchen die Abnehmer der Produkte nach kostengünstigeren Alternativen. Wenn aber das Lohnniveau in vielen Bereichen gleichzeitig angehoben wird (Minimallohn), ist ein Ausweichen schwierig, ins-

besondere für Tätigkeiten, die nicht ins Ausland verlagert werden können. Zudem besteht die Chance, den Anteil der unteren Lohnneinkommen auf Kosten von Gewinnen und oberen Lohnneinkommen zu erhöhen.

Die relativ hohen Konsumausgaben der Minimallohneempfänger kurbeln die Konjunktur an, was die Verdienstmöglichkeiten aller Arbeitnehmer wieder erhöht.

Alex Schneider, Küttigen



Die Altersreform 2020 erzeugt einen Sozialabbau und stabilisiert die Renten zu wenig.

Wer den Aufenthalt aller «Sans-Papiers» legalisieren will, verleugnet den Rechtsstaat!

## Schweizer Demokraten (SD) unterstützen Wildtierpassagen



Für den Schutz der Wildtiere müssen mehr Passagen zur Überwindung von Verkehrshindernissen errichtet werden.

Viele Wildtiere wandern zwischen ihren Schlaf- und Futterplätzen sowie Sommer- und Winterlebensräumen umher. Die festen Routen, auf denen sich Wildtiere grossräumig bewegen, werden Wildtierkorridore genannt. Diese ermöglichen eine Lebensraumverbindung zwischen verschiedenen Populationen, garantieren gesunde Bestände und sichern die Artenvielfalt. Der

Strassenbau erschwert oder verhindert diese Übergänge. Allein 40 Wildkorridore von überregionaler Bedeutung werden beispielsweise von Nationalstrassen durchquert.

Schweizweit sind von 303 bekannten Wildtierkorridoren nur gerade 85, also 28%, als intakt eingestuft worden. Daher ist es notwendig, sogenannte Wildtierpassagen zu schaffen.

Zurzeit läuft eine «Schoggitaler»-Aktion von Pro Natura und dem Schweizer Heimatschutz, um Projektierung und Realisierung von solchen lebensraumverbindenden Wildtierpassagen zu ermöglichen. Die Schweizer Demokraten (SD) befürworten einen ausgeprägten Schutz der Wildtiere und bitten auch Sie, diese Aktion mit dem Kauf eines «Schoggitalers» zu unterstützen.

### Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an SD, Postfach, 3001 Bern, E-Post: schweizerdemokraten@bluewin.ch. Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung.

SD-Redaktion

SD Schweiz

## Zustand der Armee

Mein Eindruck der Schweizer Armee ist nicht besonders gut. Sie hat relativ wenig Waffen. Festungen und Sprengobjekte an Strassen wurden abgebaut, wobei gerade diese ziemlich effektiv waren. Nach meiner Ansicht sollte die Schweizer Armee wieder mehr Waffen beschaffen. Das neue Luftabwehrsystem, das der Bundesrat in Erwägung zog, war zu wenig leistungsfähig. Daher wurde wahrscheinlich das Projekt sistiert.

Ein gutes Luftabwehrsystem wäre jedoch dringend notwendig.

Die Beschaffung von Raketen wäre auch eine Option.

### Raketen und «Drohnen»

Im Ukraine-Krieg haben sich beispielsweise Mehrfachraketenwerfer bewährt. Ebenfalls in Frage kämen Raketen mit einer Reichweite von 100 bis 200 Kilometer. Im Je-

men-Krieg hatten diese Waffen durchaus einen gewissen Kampfwert.

In der zukünftigen Kriegsführung werden Drohnen eine entscheidende Rolle spielen, aber auch in diesem Bereich ist die Schweiz schwach.

Aufklärungs- und Kampfdrohnen gehören zu jeder modernen Armee. Kürzlich entflammte wiederum die Diskussion über ein neues Kampfflugzeug. Wenn dieses Flugzeug vom GPS-System abhängig ist, dürfte der Kampfwert sehr gering sein. Die Amerikaner könnten das System jederzeit ausschalten.

Letztlich muss festgestellt werden, dass die Schweizer Armee kaum kriegstauglich ist. Deshalb wären neue Waffensysteme in der aktuellen angespannten Lage angebracht.

Walter Huber, Basel



Eine glaubwürdige handlungsfähige Armee muss auch entsprechend ausgerüstet sein.

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



**SD Stadt Bern: Höck** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Infos über Tel. 031 974 20 10.

**Berner Oberland: Höck** im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.



**Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winkleried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.



**Lucern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.



**Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Mittwoch, 27. September 2017, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Hirschen», Rorschacherstr. 109, St. Gallen. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

**Wil und Umgebung: Stamm** am Mittwoch, 18. Oktober 2017, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Fass», Hubstrasse 27, Wil. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

# Die Schweiz in Liquidation?

Fortsetzung von Ausgabe 5/6 des «Schweizer Demokrat».

## Bedrohungen durch die USA

In Europa ist doch weit und breit keine Bedrohung auszumachen! Das ist jedenfalls die Ansicht der Friedensbewegten in unserem Land. Hier einige Hinweise zum Nachdenken:

– Bis 1990 war Jugoslawien für die Westmächte ein geschätzter Vorposten gegen den Herrschaftsanspruch der UdSSR. Im ganzen Land herrschte Ruhe und eine beachtliche Entwicklung. Dann änderte sich die Weltlage. **Jetzt wurden die Serben gezielt verleumdet, verteufelt und die ganze Region durch übelste Spiele der Geheimdienste der USA ins Chaos gestürzt.** Das alles passierte vor unserer Haustüre und wir wurden mit lügnerischer Kriegspropaganda manipuliert.

– Genügen die Verleumdungen gegen die Schweiz und ihre Banken im Zusammenhang mit den angeblichen nachrichtenlosen Vermögen noch nicht, um vorsichtig oder sogar misstrauisch zu werden? **Diese haben uns gesamthaft mindestens 2 Milliarden Franken und unseren guten Ruf gekostet.** Und viele von uns vertrauen weiterhin naiv auf die Fairness der Weltmacht USA und ihrer Vasallen – offenbar auch der Bundesrat. **Die Schweiz mit einer ausländischen Bevölkerung von über 25% könnte rasch und zielstrebig durch fremde Geheimdienste destabilisiert werden.**

– Der frühere CIA-Chef James Woolsey sieht die Welt heute im Zustand eines 4. Weltkrieges, der als Kampf gegen den Islamismus und Terrorismus über Jahrzehnte dauern werde. Dabei gehe es um «Regimewechsel» in 40 bis 50 Ländern – ob wir wohl auch dazugehören? Nach dem Kniefall im Rahmen der erwähnten Erpressung haben wir uns vielleicht eine Schonzeit erkaufte – und wenn wir uns für die weiteren Kriegsspiele der USA in den «Kreis der Willigen» eingliedern, mögen wir vom «Zurückbomben in die Steinzeit» verschont bleiben. **Damit aber wäre die «freie Schweiz» militärisch bereits liquidiert. Wir haben es nur noch nicht gemerkt!**



Mithilfe der «National Security Agency» (NSA) spionieren die USA willkürlich andere Länder aus (Bild: Hauptsitz der NSA in Fort Meade).

## Stetige Freiheitseinschränkung

Immer klarer wird, dass der von George W. Bush proklamierte «Krieg gegen den Terrorismus» unter anderem dazu benutzt wird, Bürgerrechte abzubauen. Das strahlt auch auf unser Land aus. **Auch hier werden zur vermeintlichen Erhöhung der Sicherheit Überwachungsmaßnahmen akzeptiert, welche klar freiheitsfeindlich sind.**

**Die Ausweitung des Plastikgeldes (Kreditkarten) auf weitere Lebensbereiche machen die Menschen kontrollierbarer und damit auch manipulierbarer.**

Die Masse der Mitbürger realisiert dies offenbar noch immer nicht. – Sie machen die Spiele der Banken und Grossverteiler, der Telekommunikationsunternehmen und der Computer-Industrie widerstandslos mit. **Es gibt kaum Proteste gegen die ausgeprägte Überwachung durch den grossen Bruder mit dem vollautomatischen Abhörsystem Echelon.** Wie allgemein bekannt ist, betreibt die «National Security Agency (NSA)» Abhöraktionen (Zitat): *«Wenige Sekunden nach einem Telefongespräch oder einer Datenübertragung liegen die vom Computersystem mit Hilfe der Wortdatenbank aufgefangenen Gespräche schon zur Auswertung in Maryland auf dem Tisch der National Security Agency (NSA). Die NSA wertet in jeder Sekunde mehrere Millionen Datensätze aus.»*

**Falls in einem Telefongespräch die Worte «Terror», «Kokain», «Geldwäsche» oder «Bestechung» auftauchen, werden ab sofort alle Gespräche genau analysiert und man gehört zu den 350'000 des Terrors verdächtigen Personen der CIA.**

## Abbau der politischen Strukturen

Der Föderalismus und das Subsidiaritätsprinzip sind für die Regie-

renden mühsam. **Sie müssen sich der Bürgerschaft stets erklären und deren Meinung ernst nehmen.** Um ein Mehrfaches leichter geht doch das Regieren in einer zentralistischen, rein hierarchisch strukturierten Gesellschaft. Das wissen die Franzosen sehr gut, genauso wie das Heer der Brüsseler Bürokraten und unsere demokratiemüden Zentralisten. **Darin liegt einer der tieferen Gründe für den Drang zur EU, dem Druck zum Zusammenschluss der kleinen Gemeinden – auch wenn diese gut funktionieren.** Neben politischem Opportunismus dürfte dies auch bei der geplanten Neustrukturierung des Kantons Bern eine Rolle spielen.

**Die Bürgernähe wird nicht mehr geschätzt! – Damit ist ein Wesenselement der Eidgenossenschaft in Frage gestellt.**

Über die Konzentration in der Wirtschaft und die Verkäufe der Unternehmen ins Ausland wurde an dieser Stelle schon geschrieben. Alle oben angesprochenen Elemente führen zum Appell: **Wehrt Euch auf allen Ebenen! Die Existenz der Schweiz ist wahrhaftig in Frage gestellt!**

Valentin Oehen,  
e. Nationalrat, Nottwil

## Traumatisierte Flüchtlinge?

Schon die Bezeichnung «Flüchtling» ist falsch. Es handelt sich um illegale Einwanderer, die zu uns kommen, um zu profitieren. Im Bestreben, die Ausgaben des Asylwesens zu erhöhen, sollen neuerdings Einrichtungen zur Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen geschaffen werden. **Doch kann man wirklich von Traumatisierung sprechen?**

**Nach der Ankunft winkt den Flüchtlingen ein Leben auf unsere Kosten inklusive Unterkunft, Essen, Kleidung, medizinische Versorgung, Beratung...**

**Folglich müssten diese unmittelbar nach dem Grenzübertritt automatisch enttraumatisiert sein.**

## Profit zulasten des Steuerzahlers

Die Betreuung durch psychologisch geschultes Fachpersonal ist

eigentlich völlig unnötig. Traumatisiert sind höchstens die Opfer von Verbrechen, begangen durch sogenannte Flüchtlinge. Doch dieser Punkt ist für die Flüchtlingslobby nicht profitabel und daher uninteressant.

**Wer kommt für die zusätzlichen Kosten der traumatisierten Flüchtlinge auf? Natürlich nicht die «Gutmenschen», die solche Einrichtungen schaffen, sondern der Steuerzahler.**

Die «Gutmenschen» profitieren aber in Form von lukrativen Arbeitsplätzen. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesbehörden die Flüchtlingswelle eindämmen, obwohl gewisse Bundesräte diese Problematik lieber verwalten, anstatt sie zu lösen.

Otto Weiersmüller, Uetikon

**Die Vernachlässigung oder Quälerei von Tieren kann nur mit der Einführung eines Tieranwalts wirksam bekämpft werden.**

## 9 février 2014: Abandon et tromperie (suite)

La suite de la première partie du dernier numéro.

Pour le reste, le Conseil fédéral prévoit que «les réfugiés reconnus et les personnes admises à titre provisoire qui sont employables devront ainsi être annoncés au service public de l'emploi, de manière à favoriser leur intégration rapide et durable (souligné par nous) dans le marché suisse du travail». Il faudra nous expliquer comment une admission provisoire de par la loi peut donner lieu à une intégration durable. C'est faire violence au sens des mots.

**C'est faire violence, surtout, aux moins favorisés de nos compatriotes, qui ne bénéficient d'aucune mesure spécifique analogue.**

Le Conseil national est allé plus loin encore en adoptant, le 12 juin 2017, une motion tendant à transformer l'admission à titre provisoire (permis F) en un nouveau statut de «personne à protéger», le cas échéant même avec octroi immédiat du permis B et/ou facilitation du regroupement familial. Bref, il s'agit, encore et toujours, de favoriser cette clientèle sur le marché du travail et même de lui conférer plus de droits encore dans la société.

**Les milieux de l'asile ont donc immédiatement su tirer profit de la notion de «travailleurs en Suisse» ou de «main d'œuvre indigène» inventée par les adversaires de l'initiative dès l'annonce de leur défaite du 9 février 2014.**

Comme si l'admission à titre provisoire n'avait pas justement pour but de protéger les requérants, comme le prévoit expressément la loi sur l'asile! Est-il besoin de rappeler que, si ces étrangers ne bénéficient que de cette tolérance limitée, c'est précisément qu'ils ne sont pas dignes de l'asile? Et qu'ils ont presque toujours été acheminés vers notre pays par des organisations criminelles? Il n'y a aucun motif de les privilégier par rapport à qui que ce soit, et surtout pas au détriment de nos compatriotes. Le projet d'ordonnance d'application de la loi, adopté par le Conseil



fédéral le 16 juin 2017, affaiblit davantage encore la volonté populaire. En effet, il limite l'obligation d'annonce des places de travail vacantes imposée aux employeurs à l'échelle suisse aux «catégories professionnelles affichant un taux de chômage, au niveau suisse, égal ou supérieur à 5%», le Conseil fédéral pouvant «revoir annuellement le seuil déterminant en fonction de l'évolution de la situation sur le marché du travail» (communiqué du 16 juin 2017). La Constitution fédérale ne prévoit pourtant aucune distinction par branches professionnelles, un tel critère étant même exclu par la référence aux «intérêts économiques globaux de la Suisse» consacrée par son article 121a.

**Le calcul de taux de chômage séparés par branche est certes pratiqué de longue date par le Secrétariat d'Etat à l'économie, mais il s'agit d'un pur instrument d'analyse économique, et non d'un critère juridique de gestion du marché du travail.**

Les personnes au chômage pourront-elles contester le taux retenu à leur égard pour obtenir la publication de postes vacants? Si oui, comment? Autant de questions sans réponses.

maniques les moins touchés. La situation est particulièrement grave dans le canton de Vaud, où la position officielle des autorités est de nier tout lien entre immigration et chômage<sup>4</sup>.

Tout cela est honteux. Certes, nous ne prétendons pas que notre victoire du 9 février 2014 est privée de tout effet. Car elle apporte tout de même certaines améliorations dont pourront bénéficier nos compatriotes au chômage.

**Tout comme le principe selon lequel les employeurs n'ont pas à recruter de la main d'œuvre à l'étranger alors qu'il y a des chômeurs au pays est désormais une règle de droit, et non plus seulement une évidence de simple bon sens.**

Oui, nous avons marqué quelques points. Oui, nous avons versé du sable dans les rouages de l'emprise étrangère. Mais il faut aussi constater que certains milieux dirigeants ont, une fois de plus (après le succès de l'Initiative des Alpes et celui de l'Initiative pour le renvoi des étrangers criminels, entre autres), décidé de ne pas accepter le résultat d'une votation populaire qui contredit leurs intérêts particuliers qu'ils tiennent pour non négociables.

**L'existence d'un parti fondamentalement attaché aux valeurs démocratiques de notre pays comme le sont les DS est donc plus nécessaire que jamais.**

Margaritha Vernay, présidente des DS Vaud, Remaufens

<sup>4</sup> Voir à ce sujet l'article du chef du Service cantonal de l'emploi paru dans la Feuille des avis officiels 43/44 du 30 mai/3 juin 2014.

### Consignes de vote pour les votations fédérales du 24 septembre 2017

- **Oui** à l'arrêté fédéral sur la sécurité alimentaire (contre-projet direct à l'initiative populaire «Pour la sécurité alimentaire», qui a été retirée)
- **Non** à l'arrêté fédéral sur le financement additionnel de l'AVS par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée
- **Non** à la loi fédérale sur la réforme de la prévoyance vieillesse 2020

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**

Postfach, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**

Schweizer Demokrat  
Postfach  
3001 Bern

**Redaktoren:**

Adrian Pulver,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)  
Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
e. Landrat, Frenkendorf  
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden  
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,  
Nottwil  
Margrit Neukomm, Bern

**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der  
Schweizer Demokraten (SD)  
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum  
Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

## Höhere Sozialhilfekosten: Asylwesen nicht unterschätzen

Der Bundesrat wurde beauftragt, einen allgemeinen Bericht über die Sozialhilfe und deren Entwicklung zu verfassen. Dieser zeigt auf, dass in den letzten zehn Jahren die Quote der Sozialhilfebezüger innerhalb der Gesamtbevölkerung gleich geblieben ist, nämlich bei 3,2%. Obwohl es sich dabei um einen tiefen Wert handelt, überwiegen Faktoren, die eine deutliche Mehrbelastung zur Folge haben.

**Von 2005 bis 2015 stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger parallel zum Bevölkerungswachstum um 12% auf 266'000 Personen an.**

In der gleichen Zeit nahmen die Sozialhilfekosten um beinahe eine Milliarde Franken zu und erreichten eine Summe von 2,6 Milliarden Franken. Obwohl dies horrenden Zahlen sind, sollte man das System von solchen Entschädigungen sowie auch die Situation dieser Menschen nicht ausser Acht lassen. Seit Beginn der Nullerjahre wurden die Arbeitslosentaggelder zweimal gesenkt, sodass der Stellenlose früher in die Abhängigkeit der Sozialhilfe gerät.

Zudem führen bevölkerungsreiche Kantone wie Bern und Zürich Diskussionen über einen Abbau der Sozialhilfeleistungen, wobei solche Entscheide sozial schwache Schweizer schwerwiegend treffen. Mit Missbrauchsbekämpfung haben Kürzungen entsprechender Gelder indes wenig zu tun. Ein gewichtiger Aufwandsposten der Sozialhilfebezüger bilden die Mietkosten.

**Gegen die stetig steigenden Mietzinse leistet die Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau einen sinnvollen Beitrag. Ohne Einbezug des Bevölkerungswachstums kann dieses Problem jedoch nur kurzfristig gelöst werden.**

### Berufliche Integration kaum möglich

Im Jahr 2016 wanderten wiederum 71'000 Personen in die Schweiz ein, was in etwa dem Vorjahreswert entspricht. Gesamthaft ist die Sozialhilfequote bei Schweizern dreimal tiefer als bei Ausländern. Die Tatsache, dass ein Grossteil davon aus Nicht-EU-Staaten stammt, bringt die Gesamtkosten der Sozialhilfe unweigerlich in Verbindung mit dem Asylwesen.



Asylbewerber, vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge beziehen in der Regel Sozialhilfegelder.

**Einerseits dienen hauptsächlich Sozialhilfegelder der Unterstützung von Asylbewerbern und andererseits liegt der Anteil der Bezüger bei anerkannten Flüchtlingen bei satten 81%.**

Diese Menschen besitzen oftmals keine Berufsausbildung, nicht selten hat man es mit Analphabeten zu tun. Staatliche Integrationsprogramme helfen dabei kaum, zumal die Deindustrialisierung mögliche Arbeitsplätze längst in Billiglohnländer verlegt hat. Die provisorischen Hilfsangebote entwickeln sich demnach automatisch zu subventionierten Dauerlösungen. Die Sozialhilfeentschädigungen nehmen dann die Rolle des herkömmlichen lebenslangen Monatslohnes ein. Die Leidtragenden sind insbesondere kleine Gemeinden, welche nach fünf Jahren (anerkannte Flüchtlinge) respektive sieben Jahren (vorläufig Aufgenommene) uneingeschränkt zur Kasse gebeten werden.

### Verfehlte Asylpraxis

Eine allzu liberale Asylpolitik erzeugt auch weiterhin zunehmende Sozialhilfekosten. Etliche Asylbewerber stammen aus afrikanischen Ländern, vornehmlich Eritrea, oder Afghanistan, obwohl in diesen Staaten keine kriegerischen Tendenzen herrschen. Das verfassungsmässige Asylrecht gewährt lediglich Schutz vor individueller Bedrohung an Leib und Leben. Stattdessen nehmen die Behörden

ungefährdete Wirtschaftsflüchtlinge auf oder gewähren ihnen eine vorläufige Aufnahme, die dann zu gegebener Zeit nicht die vorgeschriebene Ausweisung zur Folge hat und somit gesetzeswidrig umgesetzt wird. Im Allgemeinen muss man konsequenter und regelmässiger Rückschaffungen durchführen.

**Nur mit einer strikten Asylpraxis ist der Kostenanstieg mittelfristig einigermassen einzudämmen.**

Ansonsten bezahlt letztlich die Bevölkerung die Versäumnisse der politischen Akteure. Es ist noch nicht zu spät!

Adrian Pulver,  
SD-Zentralsekretär, Bern

### Regelmässiger Erhalt der Zeitung

Die Parteileitung informiert, dass Personen, welche jeweils anfangs Jahr keine separate Rechnung für das Jahresabonnement erhalten (der Einzahlungsschein in der Zeitung hat damit nichts zu tun), den «Schweizer Demokrat» zukünftig nicht mehr regelmässig zugestellt bekommen. Der regelmässige Erhalt der Zeitung wird Ihnen nur mit einem Jahresabonnement zugesichert. Ansonsten freuen wir uns, Sie als neuen Jahresabonnenten zu begrüssen. Für Fragen jeglicher Art melden Sie sich unter Telefonnummer 031 974 20 10 oder per E-Mail an schweizer-demokraten@bluewin.ch (Zentralsekretariat).

Ihre SD-Parteileitung